

Bedenkzeit bei der Kirchenfabrik

Gemeinde Diekirch will Dekanatskirche gegen alte Laurentiuskirche tauschen

VON ARLETTE SCHMIT

Wie in vielen anderen Gemeinden sind in diesen Tagen auch in Diekirch die Besitzverhältnisse der kommunalen Kirchen ein Thema. Von einem Durchbruch bei den Verhandlungen scheint man hier aber noch weit entfernt.

Mündlich getroffene Absprachen wurden wieder gebrochen, so dass die künftigen Besitzverhältnisse beider kommunalen Kirchen in Diekirch derzeit noch völlig im Raum schweben, wie in der kürzlichen Sitzung des Gemeinderats klar wurde.

Sicher sei, dass die Dekanatskirche der Gemeinde gehört, so Bürgermeister Claude Haagen (LSAP). Wem die alte Laurentiuskirche dagegen gehöre, sei nicht geklärt.

Alte Laurentiuskirche soll dem „Presbytère“ gehören

Innerhalb einer regen Diskussion war allerdings von der CSV-Rätin Françoise Kerger, die ebenfalls Mitglied der Diekircher Kirchenfabrik ist, zu erfahren, dass die alte Kirche dem „Presbytère“ gehöre.

Nach einigen Gesprächsrunden mit der Kirchenfabrik sei man sich einig gewesen, so Claude Haagen, dass die Gemeinde die Dekanatskirche an die Kirchenfabrik abgeben werde, dagegen die alte Kirche, die überwiegend für kulturelle Aktivitäten genutzt wird, in den Besitz der Gemeinde übergehen werde.

Mit Erstaunen habe er dann aber die Entscheidung der Kirchenfabrik



Die Dekanatskirche in Diekirch ist derzeit im Besitz der Gemeinde. Ob sie das auch bleibt? (FOTO: NICO MULLER)

zur Kenntnis genommen, dass diese es sich schließlich doch anders überlegte und die beiden Kirchen genau umgekehrt verteilt haben will.

Unverständlich sei aber auch, wie diese Kehrtwendung zustande gekommen sei, so Haagen. Da der Bürgermeister per Gesetz Mitglied der Kirchenfabrik ist, hätte er bei einer neuen Gesprächsrunde eingeladen sein müssen.

Rat Paul Bonert (CSV) bescheinigte dem Vorschlag des Schöffenrats eine gewisse Logik, er wol-

le aber die neuen Vorschläge und die Begründung der Kirchenfabrik abwarten. Daraufhin entgegnete Claude Haagen, wenn die Dekanatskirche der Gemeinde und die alte Kirche dem „Presbytère“ gehöre, dann sei es wohl nicht an der Kirchenfabrik, Vorschläge einzureichen.

PAG vertagt. Die Abstimmung über das neue Bautenreglement und den neuen Gesamtbebauungsplan (PAG) wurde erst einmal vertagt, da den Räten die letzte Version des Dokuments, in dem auch

die Reflexionen der Bautenkommission mit eingeflossen sein sollen, nicht zur Verfügung stand. In einer Arbeitssitzung werde man beide Dokumente noch einmal gründlich durchgehen, damit sie dann nach der Abstimmung gleichzeitig rechtskräftig werden können.

Hilfe für Firmengründer. Im Rahmen des „Start up“-Programms vermietet die Gemeinde ein Büro in der „Maison de l'Orientation“ für 350 Euro im Monat an einen jungen Universitätsabgänger, um

hier eine Osteopathie-Praxis einzurichten. Der Vertrag ist aber auf drei Jahre begrenzt.

Sonnensegel. Mit der Enthaltung der Oppositionsparteien CSV und „Déi Gréng“ wurde ein Kostenvoranschlag über 270 000 Euro für die Installation von Sonnensegeln auf der „Place de la Libération“ gestimmt. Die Verankerungsarbeiten beginnen diese Woche und sollen bis Mitte Dezember abgeschlossen sein.

Die eigentlichen Sonnensegel werden dann im Frühjahr angebracht. Damit erreicht die Gemeinde eine Einheitlichkeit ihrer Terrassen, derweil auch die Werbung auf den Sonnenschirmen verschwindet.

Verteilerkreis. Auf die Frage von Rat Fränk Thillen (Déi Gréng) nach dem neuen Verteilerkreis, der an der Zufahrt zur neuen Ackerbauschule in Gilsdorf gebaut werden soll, und der Verkehrsführung während der Bauarbeiten, antwortete Claude Haagen, dass es sich hierbei um ein staatliches Projekt handelt.

Erstaunlich sei, dass der Verteilerkreis nicht wie sonst üblich in zwei Etappen gebaut werde, wodurch eine komplette Sperrung der Straße vermieden werden könne.

Kino. Was das neue Kino betrifft, so könnte die erste Vorführung voraussichtlich Anfang kommenden Jahres über die Bühne gehen. Auf die Frage nach einem eventuellen Betreiber erinnerte Haagen an die Konvention, die abgeschlossen wurde. Als Gemeinde wolle man sich aber alle Möglichkeiten offen halten.